

Errechnungswiese:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 270

Mittwoch, den 18. November 1931

Jahrgang 104

## Die Konferenz der Innenminister in Berlin

### Reichsinnenminister Groener gegen Terror und Mord — Es wird schärfer zugespitzt

— Berlin, 18. Nov. Im Reichsinnenministerium sind gestern mittag die Innenminister der Länder zu einer Konferenz zusammengetreten, in der insbesondere Maßnahmen zur Verhinderung der in letzter Zeit immer mehr zunehmenden politischen Zusammenstöße beraten worden sind.

Reichsinnenminister Groener eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis auf eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit von Reich und Ländern und führte hierzu u. a. aus: Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken. Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seine Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in ihrem Augenblick, wo die aller schwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Wir müssen dem Herrn Reichskanzler für die Führung der Außenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Außenpolitik zum Scheitern verurteilt. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gefundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Politische Maßnahmen können aber nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände. Politische Maßnahmen als Schikanen empfinden, könne zu einer ernstlichen Gefahr für die öffentliche Ruhe werden. Deshalb muß bei allen Maßnahmen Gerechtigkeit leiten und ein gerader Kurs gehalten werden.

Kritik und politische Betätigung ist niemanden im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen. Es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln

der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den sollen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Reichsminister Groener ging dann des näheren auf die letzte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober ein und stellte fest, daß die Beratungen ergeben müßten, ob noch Maßnahmen von Reich wegen erforderlich seien. Im übrigen dürften durch die Verordnung des Reichspräsidenten im wesentlichen alle Maßnahmen getroffen sein, die zunächst hätten getroffen werden können. In erster Linie sei gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturshande für Deutschland geworden sind, ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich. Es sei dringend erforderlich, daß Polizei und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten, oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier müsse mit aller Energie vorgegriffen werden.

Groener erklärte sodann, daß der Reichspräsident ihn gebeten habe, den politischen Mordtaten seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er gebe diese Bitte an die Innenminister weiter. Außerdem habe er von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das er sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Maßnahmen, auch nicht polizeilicher Art, behalte er sich vor und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdiene weiter die von der kommunistischen Partei in größtem Umfang betriebene Verleumdungstätigkeit in Reichswehr und Polizei. Brechen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß es jetzt solche Verleumdungsversuche an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern.

Nach den Ausführungen des Reichsinnenministers fand eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Überblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

## Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit

### Deutscher Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses der V3. am Donnerstag Der Ausschuß wird die Gesamtlage Deutschlands prüfen

— Paris, 18. Nov. Der deutsche Botschafter v. Goeschke am Dienstag nachmittag die Besprechungen mit Finanzminister Landin fort. Wie verlautet, sollen hierbei die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt worden sein. Der Wortlaut des deutschen Antrages bei der V3, den der Botschafter dem Finanzminister unterbreitet hat, wird an den französischen Ministerpräsidenten weitergeleitet. Caval dürfte jedoch wahrscheinlich eine Entscheidung des französischen Kabinetts herbeiführen. Der deutsche Standpunkt hat sich nach einer Nachricht aus unterrichteten Kreisen durchgesetzt und der beratende Sonderausschuss, dessen Einberufung schon in den nächsten Tagen erfolgen wird, bekommt die Aufgabe, die gesamte Finanzlage Deutschlands zu studieren, also nicht nur, wie es ursprünglich in den Absichten eines großen Teils der politischen Öffentlichkeit Frankreichs lag, die Reparationsfrage. Auch bei der französischen Regierung hat sich also die Selbstverständlichkeit doch noch durchgesetzt, daß ein vollkommenes Bild der deutschen Finanzlage nur gewonnen werden kann, wenn der beratende Sonderausschuss in die Lage versetzt wird, außer der Frage der Reparationsschulden auch die private Verschuldung Deutschlands zu prüfen.

#### Außenpolitische Aussprache in der Pariser Kammer

In der Pariser Kammer begann gestern nachmittag die große außenpolitische Aussprache, die sich auf alle Fragen erstreckt, die in den letzten 5 Monaten im Vordergrund des Interesses standen.

Der radikalsozialistische Abg. Mißler beschäftigte sich mit den verschiedenen internationalen Verhandlungen in Paris, London und Berlin und erklärte, daß Ministerpräsident Laval in Berlin betont habe, Deutschland nur unter gewissen politischen Bedingungen Kredite eröffnen zu kön-

nen. Caval erwiderte hierauf, daß man nicht in Berlin, sondern vielmehr in Paris und London die Bedingungen ins Auge gefaßt habe, von denen man eine Anleihe an Deutschland abhängig machen müßte. Der Abgeordnete erklärte hierauf, daß die Unterbringung einer deutschen Anleihe in Frankreich im Augenblick unmöglich sei. Er erinnerte an die Finanzkrise in England und Amerika und stellte sodann bei der Betrachtung der deutschen Verpflichtungen fest, daß die kurzfristigen Schulden Deutschlands zwischen 7 und 10 Milliarden schwanken. Finanzminister Landin wies demgegenüber darauf hin, daß diese Zahlen bei der Baseler Unterstufung aufgestellt worden seien und daß sie heute jedoch wesentlich höher sein dürften. Ein genaues Bild werde sich erst nach der Prüfung des Untersuchungsausschusses ergeben. Mißler erging sich sodann in Ausführungen über die deutsch-französischen Verhandlungen und forderte die Regierung auf, der Kammer reinen Wein einzuschmecken.

## Völkerbundsrat und Mandchureikonflikt

### Noch keine Fortschritte

U. Paris, 17. Nov. Die einzelnen Abordnungen des Völkerbundsrates waren am Dienstag weiter bemüht, eine für China und Japan annehmbare Verständigungsgrundlage zu finden. Zwischen Briand, Simon und Dawes einerseits und den Hauptvertretern Chinas und Japans andererseits fanden weitere Verhandlungen statt. In der darauf folgenden Geheimstimmung, an der Yoshikawa und Dr. Sze nicht teilnahmen, berichteten die obengenannten drei Ländervertreter über den Stand der Besprechungen. Wie verlautet, sind merklige Fortschritte noch nicht erzielt worden. Die Einzelberatungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden, da noch ergänzende Auskünfte gewünscht werden.

## Tages-Spiegel

Die Berliner Konferenz der Innenminister besaßte sich mit weiteren Maßnahmen gegen den zunehmenden Parteiterror. Reichsinnenminister Groener forderte ein schärferes Zupacken im Interesse der Staatsautorität, des Wirtschaftslebens und der Außenpolitik.

Angeichts der anhaltenden Devisenverluste der Reichsbank, die seit dem 1. September 465 Millionen ausmachen, hat die Reichsregierung neue Maßnahmen zur restlosen Erfassung der Devisen aus dem Exporthandel verordnet.

Zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet wurde eine Notverordnung erlassen.

Die Zeichnung für die Reichsbahnleihe hat bisher insgesamt 230 Millionen Mark ergeben.

Die Reichsregierung wird voraussichtlich morgen den Antrag an die V3. richten, den Sonderausschuss zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzuberufen.

In Reichskreisen plant man die Einberufung des Völkerbunds für nächste Woche mit dem Ziel, eine Einberufung des Reichstags durchzusetzen.

Infolge von Lohnstreitigkeiten ist durch Ausstand der Hafensarbeiter der Betrieb in den Duisburg-Mehrorter Häfen stillgelegt worden.

## Berscharfte Außenhandelskontrolle

— Berlin, 18. Nov. Die Devisenzwangswirtschaft in der bisherigen Form hat nicht gehindert, daß die Devisenbestände der Reichsbank trotz der hochaktiven Handelsbilanz fortgesetzt stärker als erwünscht in Anspruch genommen worden sind (nach dem letzten Reichsbankausweis haben sich die bedienungsfähigen Devisen erneut um 72,2 Millionen vermindert). Deshalb sind jetzt weitere Maßnahmen getroffen worden, um eine restlose Erfassung der Exporterlöse zu ermöglichen. In einer Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung wird angeordnet, daß künftig alle Waren, die aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeführt werden, durch Übergabe einer Export-Baluta-Erklärung nach vorgeschriebenem Muster der Reichsbank anzumelden sind. Außerdem haben die Exporteure dreimal monatlich der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt mitzuteilen, an welche Devisenbank sie die eingegangenen Ausfuhraluten abgeliefert haben, oder von welcher Reichsbankanstalt ihnen die Devisen freigegeben wurden. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit schweren Strafen bedroht. Da ferner die für die deutsche Einfuhr auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Kredite, zu deren Aufrechterhaltung die ausländischen Gläubiger sich in dem Stillhalteabkommen ausdrücklich verpflichtet haben, durchaus nicht in vollem Umfange ausgenutzt werden, sollen die Einfuhrfirmen darauf verwiesen werden, von diesen Möglichkeiten stärkeren Gebrauch zu machen.

## Die Neuordnung der Osthilfe

U. Berlin, 18. Nov. Das Reichskabinett hat in der Nacht zum Dienstag eine neue Verordnung verabschiedet, die gestern als Verordnung „zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet“ auf Grund des Artikels 48 vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden ist.

Um die besonders in den Hauptproduktionsgebieten Süddeutschlands ungünstigen Preisverhältnisse am Brauergesammarkt, die eine Folge der im Verhältnis zum Verkaufsbedürfnis der Landwirtschaft ungenügenden Nachfrage der Brauereien und Mälzereien sind, günstiger zu gestalten, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, Mittel zur Verfügung gestellt, die die Durchführung einer Stützungsaktion für Brauergesamte in Süddeutschland unter Mitwirkung von Länderregierungen, Handel und Genossenschaften ermöglichen.

## England erhöht die Einfuhrzölle

U. London, 18. Nov. Nachdem das Unterhaus auf Antrag der Regierung mit 396 gegen 41 Stimmen beschlossen hatte, die mit dem Dumpingabmehrgesetz zusammenhängende Finanzentscheidung sofort zu behandeln, wurde die Finanzentscheidung nach längerer Aussprache in den späten Abendstunden des Dienstag mit 336 gegen 40 Stimmen angenommen.

# Vor einem Winter der Ungewißheiten

## Das Loch im amerikanischen Staatshaushalt: zwei Milliarden Dollar Defizit Hoover befürchtet politische Folgen — Keine Steuererhöhungen trotz wachsender Arbeitslosigkeit — Wo bleibt der „amerikanische Plan“?

Von W. F. Soller-Neuyork.

Die mühelosen Prosperitätsjahre sind unwiderbringlich dahin, in denen das Schicksal der Vereinigten Staaten die verhängnisvolle Bedeutung des Wortes „Defizit“ nur noch vom Hörensagen kannte. Den höchsten Ueberschuß erzielte das Schicksal im Rechnungsjahr 1926 mit 635 810 000 Dollar. Das Einkommen der amerikanischen Nation erreichte nach amtlichen Statistiken damals den höchsten Stand, den seit Anfang der Weltgeschichte jemals ein Volk erklommen hatte. An Löhnen und Gehältern erhielt die amerikanische Bevölkerung in jenem Glücksjahr 90 Milliarden Dollar, d. h. 43 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Im Fiskalsjahr 1927/28 sank zwar der Ueberschuß des Staatshaushalts, doch betrug er immerhin noch 400 Millionen Dollar. Mit dem verhängnisvollen Börsensturz im November 1929 setzte dann der scharfe Konjunkturrückgang ein, von denen Staat und Wirtschaft der Vereinigten Staaten schwer betroffen wurden.

Das Haushaltsjahr 1929/30 schloß mit einem Gesamtbeitrag von 4 590 915 809 Dollar und einem Defizit von 900 000 Dollar ab. Für das diesjährige rechnet man bereits heute mit einem Gesamtbeitrag von 2 Milliarden Dollar, erbrachten doch schon die ersten drei Monate dieses Rechnungsjahres (Juli, August und September) ein Defizit von einer halben Mill. Dollar! Mit anderen Worten: Was an Ueberschüssen in den Jahren 1919 bis 1928 zusammen erzielt worden war (3,1 Milliarden Dollar), ging an Fehlbeträgen in den Jahren 1930 und 1931 fast restlos wieder verloren. Während sich im gegenwärtigen Rechnungsjahr die Ausgaben bedeutend vermehren, verringern sich die Einnahmen in einem geradezu beängstigenden Maße. Präsident Hoover hat zwar einen umfangreichen Sparmaßstabsfeldzug unternommen, um einzelne Posten der Ausgabenseite zu verkleinern, doch ist auf diese Weise keine Balanzierung des Etats zu erreichen, da über 60 Prozent der Ausgabenposten festliegen und die übrigen nicht über gewisse Grenzen hinaus verringert werden können. Bliebe also nur eine Vermehrung der Staatseinnahmen.

Diese aber hat ihre Schwierigkeiten. Die Zolllasten lassen sich beim besten Willen nicht mehr höher schrauben, und was die Erhöhung der Einkommensteuer betrifft, ist dies ein Versuch, den Hoover, wenn irgend möglich, nicht unternehmen wird. In dem im November vorigen Jahres gewählten Kongreß, der am 7. Dezember wieder zusammentritt, halten sich beide Parteien — die Republikaner mit 216 Mandaten, die Demokraten mit 218 Mandaten und einem Sitz der Farmer — ungefähr die Waage. Das Jünglein an dieser Waage bildet der fortschrittliche Flügel der Republikaner, der sich in Opposition zu Hoover und der offiziellen Parteileitung befindet. Die allgemeine Unsicherheit wird noch durch die Aussicht auf die im nächsten Jahre fälligen Präsidentschaftswahlen vermehrt, bei denen es hart um die Person Herbert Hoovers und die parteiliche Vormachtstellung im Lande gehen wird. Die Republikaner befinden sich in keiner beneidenswerten Lage. Die Defensivität hat ihnen nicht ihre Schlagworte während des Wahlkampfes von 1928 verzeihen, wonach Hoover die neue Ära eines unerhörten amerikanischen Volkswohlfandes einleiten sollte. Das Gegenteil dieser Versprechungen trat indessen ein. Die Demokraten, die ihrerseits mit einem vollen Siege bei den nächsten Präsidentschafts- und Kongresswahlen rechnen, halten sich ebenfalls zurück, um die Wählermassen weder durch leere Versprechungen noch durch Hinweise auf etwaige Steuererhöhungen vor den Kopf zu stoßen. Beide Parteien scheuen sich jedenfalls durch irgendwelche bindenden Entschlüsse ihren „Mut zur Unpopulärkeit“ zu erkennen zu geben. Anders die Fortschrittler, deren Wähler — meistens Farmer des Wilden Westens — keine Einkommensteuer bezahlen und also an der Steuererhöhungsfrage nicht interessiert sind. Sie setzen sich kräftig für eine schärfere Besteuerung der großen Vermögen und Erbschaften ein, und es ist nicht unbedenklich, daß sie kraft ihrer

starken Stellung im Parlament einen Teil ihrer Forderungen auch durchsetzen werden.

Tatsächlich ist die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten sehr ungerecht verteilt. Die steuerfreien Beträge betragen sich bis zu 1500 Dollar Jahreseinkommen für ledige Personen, bis zu 3500 Dollar für verheiratete, ein Betrag, der sich für jedes Kind des Steuerzahlers noch um 400 Dollar erhöht. Die Folge davon ist die völlige oder fast vollständige Befreiung großer Massen der Bevölkerung von der Einkommensteuer. Die sogenannte Progressivsteuer wird erst von einem Nettoeinkommen erhoben, das jährlich 10 000 Dollar überschreitet. Sind somit die kleinen Einkommenbezieher von den direkten Steuern größtenteils so gut wie befreit, so werden sie dafür um so empfindlicher von den indirekten Steuern betroffen, welche die allgemeinen Lebenskosten unnatürlich verteuern. Obwohl die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mehr als 120 Millionen Köpfe ausmacht, wurden im letzten Jahr nur 4 Millionen Einwohner zur Einkommensteuer veranlagt. Von diesen 4 Millionen brachten 2,53 Prozent rund 92 Prozent des gesamten Einkommensteuerertrages auf, während die restlichen 8 Prozent von Staatsbürgern gezahlt wurden, deren Jahreseinkommen 25 000 Dollar nicht überschritt. Ueberhaupt ergab die Einkommensteuer im letzten Rechnungsjahr nur eine Milliarde Dollar, während die Unions-Bundesstaaten und Kommunalbehörden zehnmal höhere Beträge aus anderen Steuern erzielten.

Um diese Steuerquelle ergiebiger zu gestalten, beabsichtigt das Finanzdepartement, das steuerfreie Minimum herabzusetzen und gleichzeitig die Abgaben der höheren Einkommensgruppen zu vermehren. Welche politische Partei aber könnte es wagen, solche steuerliche Forderungen in ihrem Wahlprogramm zu vertreten?

Das Loch im amerikanischen Staatshaushalt muß gestopft werden. Aber wie? Da Präsident Hoover sich schwerlich bereit findet, sich durch irgendwelche Steuererhöhungen unbeliebt zu machen, bleibt nur noch der Weg neuer Staatsanleihen übrig. Mit der vor nicht langer Zeit aufgenommenen dreiprozentigen 800-Millionen-Dollar-Anleihe konnte der Fehlbetrag des vorigen Staatshaushalts gedeckt werden. Immerhin wurden in der amerikanischen Öffentlichkeit lebhafteste Bedenken gegen diese Art, ein Defizit zu beseitigen, geäußert. Inzwischen versucht der Präsident, weitere Einsparungen durchzuführen. Das Marineministerium hat von ihm Anweisung erhalten, den Flottenetat um 61 Millionen Dollar zu verringern, wogegen Marine und Schiffsbaureise protestiert haben. Handelt es sich doch um Einschränkungen, die zwangsläufig dazu führen müssen, den fünfzehnten Teil der amerikanischen Kriegsmarine aufzulösen. Auch in dieser Streitfrage hat der Kongreß im Dezember das letzte Wort. Ueber zwei Milliarden Dollar gibt Amerika laufend für Zinsen, Abzahlung seiner früheren Staatsschulden und Pensionen aus, und dazu kommen neuerdings gewaltige Summen für das Heer der sieben bis zehn Millionen Arbeitslosen. Früher vertrat Hoover den Standpunkt, er sei für die Arbeitslosenversicherung, sofern diese sich auf einen Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschränke und die Regierung aus dem Spiel lasse. Heute denkt man im Weißen Hause darüber wesentlich anders, wenn auch niemand noch weiß, woher die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung im Handumdrehen beschafft werden sollen. Still geworden ist es ferner um den „amerikanischen Plan“, von dem Hoover noch im Sommer dieses Jahres sagte, er solle der um Millionen wachsenden Bevölkerung der Vereinigten Staaten bessere Lebensbedingungen, nämlich schönere Städte mit gesünderen Wohnstätten, Tausende neuer Fabriken, eine Fülle neuer Parks, Schulen und Kirchen beschaffen. So bleibt auch das einst so dollartrotze Amerika voller Unruhe einem Winter politischer und finanzieller Ungewißheiten entgegen.

für ihren künftigen Beruf. In Preußen haben parlamentarische Kreise diesen Vorschlag aufgegriffen und im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht. Um Härten für die Erziehungsberechtigten nach Möglichkeit zu vermeiden, wurde gefordert, daß die Eltern bzw. Vormünder der von der verlangten Neuordnung betroffenen Schüler im Bedarfsfalle für die ihnen entstehenden Mehrkosten zu entschädigen seien. Der Preussische Landtag wird sich Ende November mit dieser Frage beschäftigen, doch kann bereits jetzt mit Sicherheit gesagt werden, daß der Vorschlag keine Verwirklichung finden wird. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß der Landtag den ablehnenden Beschluß seines Unterrichtsausschusses bestätigen wird, der zustande kam, nachdem die Regierung die Erklärung hatte abgeben lassen, daß die finanzielle Lage des Staates eine Verlängerung der Schulpflicht, die erhebliche Kosten verursachen würde, unmöglich mache.

## „Danzig muß polnisch werden“

Unerhörte Heße Strasburgers in Danzig

II. Danzig, 17. Nov. Am Sonntag fand in Danzig die Fahnenweihe des polnischen Reserveunteroffizierverbandes unter dem Protektorat des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig, Dr. Strasburger, statt. Zahlreiche Verbände aus Polen hatten Abordnungen entsandt. Der Feier in der polnischen katholischen Kirche in Danzig-Langfuhr folgte eine Kundgebung im Kleinhammerpark. Minister Dr. Strasburger betonte, daß der deutsch-polnische Kampf noch nicht zum Abschluß gelangt sei, und daß Danzigs Voben, auf dem er stehe, polnisch gewesen sei und wieder polnisch werden müsse. In ganz besonderer Maße heßte dann noch der Redner der „polnischen Gemeinde“ in Danzig gegen die Freie Stadt. Das ist um so unerhörter, wenn man bedenkt, daß Strasburger der offizielle Vertreter Polens in Danzig ist und in solcher Weise von dem Staat spricht, von dem er beglaubigt ist.

## Die russischen Schwarzmeerhäfen

Nachdem erst vor kurzem in Sowjetrußland der Plan einer Wasser Verbindung Moskaus mit der Dnieper und dem Schwarzen Meer durch Kanäle zur Wolga und Oka in Angriff genommen ist, trägt man sich schon mit weiteren großzügigen Projekten, welche diesmal der Hebung der Industrie der Kaukasusgebiete zu dienen bestimmt sind. In erster Linie will man den Hafen von Rostow auf eine Umschlagfähigkeit von 20 Millionen Tonnen jährlich bringen. Während heute über den genannten Hafen vorwiegend Getreide verschifft wird, sollen künftig auch Erze und vor allem Holz aus den reichen Beständen des Kaukasus über Rostow verschifft werden. Mit einer ähnlichen Leistungsfähigkeit, nämlich 17 Millionen Tonnen, rechnet man in Zukunft für Noworossisk. Etwa 70 Kilometer nordwestlich dieser Stadt, in Temrjuk, an der Mündung des Kuban, soll ein neuer Petrochemhafen entstehen. Das auf dem Kuban in Massen herangeschaffte Erdöl wird dann hier umgeladen und in Tankdampfern an seinen Bestimmungsort gebracht werden. Auf die Ausnutzung der Wasserwege legt man in Rußland überhaupt immer größeres Gewicht, was angesichts der traurigen Lage des Eisenbahnwesens auch vollkommen verständlich ist. So trägt man sich auch mit dem Plan der Anlage eines neuen Kanals, der Wolga und Don zu verbinden und zum Transport der aus dem Kaukasus kommenden Erdölmengen bestimmt ist. Rechnet man doch damit, daß dies Gebiet in vier Jahren seine heute 20 Millionen Tonnen jährlich betragende Produktion verdreifachen wird.

## Kleine politische Nachrichten

**Steinwürfe gegen ein Ueberfallkommando.** In einer Gastwirtschaft bei Gleiwitz kam es zu einer Schlägerei, bei der ein Arbeiter durch einen Stochieb schwer verletzt wurde. Das alarmierte Ueberfallkommando aus Gleiwitz wurde von etwa 50-60 Personen, die sich vor der Wirtschaft versammelt hatten, mit „Rot Front“- und „Heil Moskau“-Rufen empfangen und mit Steinen beworfen.

**Der Reichspräsident Inhaber des dritten ungarischen Honved-Infanterieregiments.** Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Regimentskommandeur Oberst Bela Koss geführte Offiziersabordnung des 3. ungarischen Honved-Infanterieregiments Nr. 3, die ihm im Auftrage des Reichsverweyers von Horthy die Urkunde über seine Ernennung zum Inhaber dieses Regiments überbrachte. Das genannte Regiment führt die Tradition des ehemaligen k. u. k. Inf.-Regts. Nr. 69 weiter, dessen Oberstinhaber Generalfeldmarschall von Hindenburg war.

**Lord Snowden.** Der englische König hat Philipp Snowden, der bekanntlich bei den letzten Unterhauswahlen nicht mehr kandidiert hat, zum Viscount ernannt.

**Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden in Spanien.** In Andujar kam es zwischen der Polizei und streikenden Landarbeitern, die mit Jagdgewehren, Senfen und Messern bewaffnet waren und die Bürgermeisterei stürmen wollten, zu blutigen Zusammenstößen. Dabei wurde ein Polizist getötet und zahlreiche Streikende verletzt.

**Der Kommunismus in Kanada für ungesetzlich erklärt.** Das Schwurgericht in Toronto hat 8 Führer der kanadischen kommunistischen Partei nach langer Gerichtsverhandlung für schuldig erklärt, da sie Mitglieder einer ungesetzlichen Vereinigung seien. 7 der Angeklagten wurden zu je 5 Jahren und der 8. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Damit ist in Kanada der Kommunismus offiziell für ungesetzlich erklärt. Das Gericht hat dem Antrag des Generalstaatsanwalts stattgegeben, wonach das Eigentum der kommunistischen Partei in Kanada beschlagnahmt wird.

**Regierungswechsel in Chile.** Bei Uebernahme der Vizepräsidentschaft durch Montero ist das chilenische Kabinett zurückgetreten. Ein neues Ministerium mit Don Marcial Mora als Ministerpräsident ist bereits gebildet.

## Der deutsche Ausfuhrüberschuß im Oktober

883 Millionen Rm.

II. Berlin, 17. Nov. Die deutsche Handelsbilanz zeigt im Oktober einen Ausfuhrüberschuß von 883 Millionen Rm. Unter Berücksichtigung der Reparationslieferungen, die 12,9 Millionen Rm. betragen, erhöht sich der Ausfuhrüberschuß auf 895,9 Mill. Rm. Die Ausfuhr ist wertmäßig von 812 auf 886 Mill. Rm. oder um 6,7 v. H. gestiegen. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu vollständig auf Fertigwaren, deren Ausfuhr um 48 Mill. Rm. zugenommen hat. Auswirkungen der Währungsentwertung in England und in anderen Ländern auf den deutschen Außenhandel können aus den Gesamtzahlen der Oktoberstatistik nicht ersehen werden.

Jedoch deutet der bei einzelnen Ein- und Ausfuhrwaren, wie z. B. bei der Einfuhr von Kohle und Baumwollgeweben, ferner bei der Ausfuhr von Geweben aus Seide und Kunstseide festzustellende Rückgang der Durchschnittswerte auf solche Wirkungen hin. Die an sich von den Währungsentwertungen ausgehenden ungünstigen Folgen für die Mengengestaltung der Ausfuhr sind im übrigen möglicherweise durch eine im Hinblick auf neue Zollmaßnahmen im Ausland vorgenommene Vorausfuhr und durch beschleunigte Abreise zunächst ausgeglichen worden.

Die Einfuhr ist wertmäßig von 448 auf 488 Millionen Rm., also um 7,8 v. H. gestiegen. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf Lebensmittel und Fertigwaren. Die Rohstoffeinfuhr ist dagegen wertmäßig von 228 auf 225 Millionen Rm. zurückgegangen, mengenmäßig hat sie jedoch zugenommen.

## Neuregelung des Rollfuhrwesens

II. Berlin, 17. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Ueber die Neuregelung des Rollfuhrwesens wurde unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Treviranus zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Vertretern des Expeditions- und Fuhrgewerbes abschließend verhandelt. Es wurde grundsätzliches Einvernehmen über die Beauftragung von Rollfuhrleistungen an Abrechnungsgemeinschaften in Orten mit hohen Rollfuhrselbstkosten erzielt. (Die Spediteure und Fuhrhalter werden sich bei größeren Güterabfertigungen zu Abrechnungsgemeinschaften zusammenschließen.) Nach dem über die Kraftbetätigung der Spediteure und Fuhrhalter Einverständnis erzielt worden war, wurde nach Paraphierung der Richtlinien für Auftragspediteure die Ausarbeitung der technischen Einzelheiten den Vertragspartnern überlassen. Nähere Mitteilungen wird der Minister voraussichtlich am Donnerstag vor dem Verkehrsanschluß machen.

## Keine Verlängerung der Schulpflicht in Preußen

Der Vorschlag, der der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollte, ist undurchführbar

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildet die Hauptfrage des deutschen Volkes. An Rezepten, sie zu beheben, hat es nicht gefehlt, doch ist ein Erfolg bisher ausgeblieben. Viel erörtert wurde auch die Forderung, die allgemeine Schulpflicht um ein Jahr zu verlängern. Man versprach sich von der Durchführung dieses Vorschlages zweierlei: einmal die Fernhaltung von zehntausenden Jugendlichen für ein weiteres Jahr vom Arbeitsmarkt, und zum anderen die Ermöglichung besserer Vorbereitung der jungen Menschen

# Aus Württemberg

## Aktuelle Fragen des Straßenbaus

Ueber Fragen des Straßenbaus in Württemberg hielt kürzlich Präsident Cutting von der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau einen Vortrag im Stuttgarter ADAC. Der Präsident führte hierbei aus, daß der offenen Hand von Regierung und Landtag wie auch von Gemeinden und Amtskörperschaften es zu verdanken sei, daß die vergangenen 6 Jahre für den Straßenbau in Württemberg eine Zeit der Blüte gewesen seien. Die berechtigten Beschwerden über den trostlosen Zustand unserer Landstraßen unmittelbar nach dem Weltkrieg seien verstummt. Es sei jetzt angebracht, sich über den volkswirtschaftlichen Nutzen der ausgeführten Bauten ein klares Bild zu machen. Es wäre eine Geldverschwendung ohnegleichen gewesen, wenn man mit dem Anwachsen des Kraftverkehrs nicht die alten Straßenbauverfahren rasch und gründlich auf die Bedürfnisse des Kraftverkehrs umgestellt hätte. Dies sei ohne erheblichen Aufwand nicht möglich gewesen. Der Erfolg zeige sich jetzt darin, daß die Straßenunterhaltung trotz des starken Kraftverkehrs nur wenig mehr koste als in der Vorkriegszeit mit ihrem schwachen Verkehr von Zugtierfuhrwerken. Auf der andern Seite bedeuten aber vor allem die Umbauten der Staatsstraßen, namentlich auch die Aufbringung von neuzeitlichen Straßenbetten eine große Ersparnis für den Kraftverkehr durch Benigungsverbrauch von Benzin und Reifen, sowie durch die Möglichkeit rascherenfahrens und damit auch einer besseren Ausnutzung der Kraftwagen. Schon der Umbau der württembergischen Staatsstraßen bringe eine Verbilligung des Kraftverkehrs um mindestens 6 Millionen RM im Jahr mit sich. Hierdurch werden die Umbaukosten der Straßen rasch ausgeglichen und in Zukunft werden die Ersparnisse die weiteren Umbaukosten weit übersteigen. Diese Tatsachen müssen den Straßenbau in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen lassen als andere Bauarbeiten. Die für den Straßenbau bestimmte Kraftfahrzeugsteuer reiche jedenfalls zur Unterhaltung der Staatsstraßen aus. An eine weitere Umbautätigkeit in dem Ausmaß wie in den letzten Jahren sei selbstverständlich nicht mehr zu denken, aber es würde sicher in weiten Teilen des Landes mit Befriedigung begrüßt werden, wenn mit Hilfe der Kraftfahrzeugsteuer wenigstens ein Teil der großen Verkehrsschmerzen, die noch bestehen, gelindert werden könnte. Der Redner schloß seine interessanten Ausführungen mit der Feststellung, daß die württembergischen Staatsstraßen immer noch über dem Durchschnitt in Deutschland stehen.

### Jagd ist kein Sport.

Bemerkenswertes Urteil über die Ermäßigung der Jagdpachtzuschläge.

Das Pachteinigungsamt beim Amtsgericht Freudenstadt hat dieser Tage eine wichtige Entscheidung über die Frage getroffen, inwieweit unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse das Verlangen der Jagdpächter nach Ermäßigung der Jagdpachtzuschläge berechtigt ist. Der Inhaber der Forellenzuchtanstalt in Rohrdorf, Kropp, klagte gegen die Gemeinde Hirschweiler, deren Gemeindegeld er für die Zeit vom 1. April 1927 bis 31. März 1933 für jährlich 780 Mark erziegelt hatte, auf Ermäßigung des Pachtzinses um 280 Mark für das laufende und das kommende Pachtjahr. Der Bürgermeister von Hirschweiler stellte sich auf den Standpunkt, daß, wer kein Geld habe, auch keine Jagd pachten soll. Die Jagd sei ein Sport, der nicht um des Geldverdienens willen getrieben werde. Bis 1927 habe die Pacht jährlich 1110 Mark betragen. Der Preis sei also herabgesetzt und nicht übersteuert. Außerdem enthalte der Jagdvertrag eine Klausel, daß ein Nachlaß an dem Pachtgeld nicht stattfindet. Amtsgerichtsrat Snapper stellte jedoch fest, daß diese Klausel absolut keine Gültigkeit habe, da ihr die gesetzliche Bestimmung des Paragraphen 4 der württembergischen Pachtordnung entgegenstehe. Im Paragraphen 1 der Pachtordnung ist außerdem den Pachteinigungsämtern das Recht gegeben, Leistungen, die unter veränderten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweitig festzusetzen, soweit dies der Billigkeit entspricht. Auf diesen Paragraphen stützte sich der Antrag des Klägers, dessen Vertreter geltend machte, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Abschluß des Vertrages sehr verändert haben, daß die Wildbretpreise um 50 Prozent gesunken seien, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Klägers verschlechtert hätten und daß die Jagd kein Sport, sondern eine Wirtschaft sei, deren Ertrag durch Wildbret- und Rauchwarenpreise bestimmt werde. Es lägen schon verschiedene gerichtliche Entscheidungen um Herabsetzung des Jagdpachtzuschlages um etwa 30 Prozent vor. Vorsitzender Grammel schlug als Sachverständiger eine Ermäßigung des Pachtzuschlages um 20 Prozent vor. Das Urteil lautete aber auf eine Ermäßigung um 25 Prozent unter Hinweis auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, den Rückgang der Wildbretpreise und mit Rücksicht darauf, daß die Pacht schon 1927 nach Ansicht des Sachverständigen zu hoch festgesetzt worden sei.

# Aus Stadt und Land

Calw, 18. November 1931.

Die Höhere Prüfung für den Volksschuldienst hat Lehrer Otto Haas von Bad Liebenzell mit Erfolg abgelegt und damit die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt.

Erörterungsabend des Bez. Handels- und Gewerbevereins Calw.

Letzte Woche hielt der Bez. Handels- und Gewerbeverein Calw im Saale des Gasthofes zum Röhle einen gut besuchten Erörterungsabend ab. Nach Begrüßung durch Vorstand H. Essig sen. erhielt Herr Henne jr. Übungen das Wort zu einem im Mittelpunkt des Abends stehenden Vortrage „Gewerblicher Mittelstand und Zukunft“. Der Vortragende, welcher im Auftrage der würt. Handwerker-Krankenkasse sprach, legte die Notwendigkeit be-

ruftlicher Sozialfürsorge im Handwerk dar und schilderte die Vorzüge der berufständigen Krankenkassen gegenüber der staatlichen Sozialversicherung, die sich zu einem übersozialistischen Gebilde ausgewachsen habe. Die Organisation der 16 Handwerker-Krankenkassen im Reich umfasse rund eine Million Mitglieder und habe mit einem Verwaltungsaufwand von 7 Prozent den niedersten Satz aller Versicherungs-gesellschaften überhaupt aufzuweisen. Im Jahre 1930 seien 86 Prozent der gesamten Hoheinnahmen in Form von Schadensregulierungen zurückvergütet worden. In Württemberg habe die Zahl der Mitglieder bereits 73 000 erreicht. Der Redner wies ferner auf die allgemeinwirtschaftlichen Vorzüge der berufständigen Sozialfürsorge als der beruflichen Verwalterin des handwerklichen Kapitals hin, das allein im Interesse des Gewerbes verwaltet werde. Nach Erläuterung der Versicherungsstarife bekundete der Vortragende sein festes Vertrauen in die deutsche Währung und wandte sich gegen die unangebrachte und schädliche Inflationsfurcht. Es müsse Aufgabe des Staates sein, den gewerblichen Mittelstand zu schützen, damit dieser wieder zu einem gesunden, staatsbehaltenden Grundpfeiler werde. Innerhalb des Gewerbestandes aber müßten Einigkeit und Geschlossenheit die Lösung sein, um durch Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Verantwortung das Schicksal zu meistern. Mit der Aufforderung zur Mitarbeit am Ausbau der würt. Handwerkerkrankenkasse schloß der Redner seine interessanten Ausführungen, die viel Beifall und den besonderen Dank des Vorstandes fanden. An den Vortrag schloß sich noch eine ausgiebige Aussprache über derzeitige wichtige Wirtschaftsfragen an. Besprochen wurde auch kurz die kommende Gemeindegewerbesteuerwahl. In vorgerückter Stunde schloß der Vorsitzende mit Dank an die Erschienenen die Versammlung.

### Herbstversammlung des Bezirksbienenzüchtereins Calw.

Am Sonntag fand eine gut besuchte Versammlung des Vereins in der Restauration Weiß statt. Der Vorstand, Förster Winterle, begrüßte mit freundlichen Worten die zahlreichen Zunftreue und wies hierbei auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hin. Hierauf hielt der Sachverständige für Bienenzucht, Ehrenvorsitzender Knecht, einen aus der Praxis geschöpften Vortrag über die Faulbrut. Diese Bienenkrankheit, führte der Redner aus, sei der Schrecken des Bienenzüchters. Sie sei sehr ansteckend und breite sich häufig auf sämtliche Stöcke eines Standes, eines Ortes, ja einer ganzen Gegend aus, wenn man ihr nicht zeitig und kräftig entgegengetre. Man habe früher keine gefühlige Handhabung gegen das Verhalten der Bienenzucht gehabt, durch das Faulbrutgesetz das seit dem Jahre 1929 in Kraft sei, seien nun bessere Zustände eingetreten. Das Gesetz habe sich bis jetzt sehr wirksam erwiesen. In diesem Jahre sei ein großer Seuchenerd in einigen Waldorten entdeckt worden und es sei Gefahr vorhanden, daß die gefährliche und gefährdete Krankheit sich über den ganzen Bezirk verbreite, wenn die verseuchten Stände nicht geheilt werden. Die Faulbrut könne gutartig oder bösartig auftreten. Erstere Art sei nicht zu fürchten, desto mehr aber die zweite. Bei dieser seien die Zelldeckel mehr oder weniger tief eingesunken, im Brutnest herrsche ein völliges Durcheinander, die Maden werden herausgerissen, man entdecke vor dem Flugloch schmierige Bienenreste, die einen unangenehmen säuerlichen Geruch verbreiten. Auf dem Boden der Zellen entwickle sich ein Schorf, der sich nur schwer lösen lasse. Sobald der Züchter solche Unregelmäßigkeiten bemerke, habe er sofort dem Bürgermeister Anzeige zu erstatten, worauf das weitere zur Bekämpfung verfügt werde. Der beauftragte Sachverständige werde den Stand dann genau untersuchen und hierauf seine Anordnungen treffen. Bei der Bekämpfung der Seuche seien die Bienen abzuklopfen, ins Dunkle zu stellen, die Waben zu reinigen, die Kästen gründlich auszuklopfen, mit heißer Sodalauge auszuwaschen und der ganze Stand zu desinfizieren. Auf diese Weise erhalte man wieder gesunde Völker. Kein Bienenzüchter solle versäumen, die Faulbrut sofort anzumelden, denn mit der gerechten Entschädigung könne jeder Bienenzüchter zufrieden sein. Die Entschädigung richte sich im allgemeinen nach der Zahl der Brutwaben; der Bienenzüchter erhalte vier Fünftel des gemeinen Wertes vergütet. An den Gesamtschäden des Landes übernehme der Staat die Hälfte, die andere Hälfte werde durch Umlage gedeckt. Die im ganzen Land stattgefundenen Umlage habe 30 000 Mark ergeben; dieser Betrag werde für längere Zeit ausreichen. Durch zielbewusstes Schaffen werde man sicher mit der Bekämpfung der Faulbrut fertig werden. Die Ausführungen waren dadurch besonders interessant, daß der Redner als staatlicher Sachverständiger reiche Erfahrungen aus der Praxis auf vielen verseuchten Bienenständen einfließen konnte. Reichlicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Vorstand Winterle brachte diesen Dank noch in anerkennenden Worten zu besonderem Ausdruck. An den Vortrag schloß sich eine sehr aufklärende Aussprache an. An dieser beteiligten sich außer dem Referenten der Vorsitzende, Hauptlehrer Schid und Hauptlehrer Haug in Ernstmaß. Die Besprechungen betrafen hauptsächlich die Zuderfrage und den Anbau der Schneebere. Außerdem wurde eine Eingabe an den Landesverein und die zuständigen Behörden beschlossen, nach der es dem Bezirksverein gestattet sein soll, leerstehende alte Bienenwohnungen, die vielfach zur Verbreitung der Faulbrut beitragen, einer Prüfung unterziehen zu dürfen. Die Versammlung wurde nach einem sehr anregenden Verlauf mit trefflichen Worten der Ermahnung von dem Vorsitzenden geschlossen.

### Wetter für Donnerstag und Freitag

Ueber Scandinavien liegt ein Hochdruck, der die Wetterlage beeinflusst, bei Island eine Depression. Für Donnerstag und Freitag ist mehrfach heiteres und in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

\*

Häiterbach, 17. Nov. Einen Markstein in der Geschichte des hiesigen Christlichen Vereins junger Männer bildet die am Sonntag erfolgte Einweihung des neuerbauten Vereinshauses. Ein langgehegter Wunsch der Vereinsmitglieder nach einem Eigenheim ist damit in Erfüllung gegangen.

Calw, 17. Nov. Dieser Tage ist auf dem Sportplatz die neue Turnhalle im Rohbau fertiggestellt worden. Der Bau ist 25 Meter lang und 12 Meter breit. Im Untergeschoss enthält er Ankleide- und Waschräume, Aborte, Heizung und Keller. Im ersten Stockwerk befinden sich der Turnsaal, 5,5 Meter hoch, ein Geräteraum und Vereinszimmer rechts und links vom Eingang, darüber eine Wohnung für den Turnhalbediener. Reicht das Geld, so soll der Dachstock zu einer Jugendherberge ausgebaut werden.

Calw, Pforzheim, 17. Nov. Ein hier in Stellung befindliches Mädchen aus Königsbach war in der Küche damit beschäftigt, ein Kleid mit Gasolin zu reinigen. Die zu Besuch anwesende 16jährige Schwester sollte das Kleid halten. Ein Luftzug wehte die Gasolindämpfe gegen den brennenden Ofen. Ein Knall und das Kleid stand in Flammen, die auch auf die Kleidung der Schwester übersprangen. Das Mädchen erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an beiden Händen.

Calw, Hochdorf, D.-A. Forb, 17. Nov. Gestern gab der frühere Besitzer einer Ziegelhütte, die zwangsversteigert wurde, auf einen Mann aus Bilschlingen, der die Hütte auf Abbruch gekauft hatte, mit einem Militärgewehr mehrere Schüsse ab, allerdings ohne den Gegner zu verletzen. Rasch wurde an das Amtsgericht Forb eingeliefert.

Calw, Stuttgart, 17. Nov. Am 21. Mai d. J. veranstaltete die Stuttgarter Ortsgruppe der Nationalsozialisten einen Demonstrationsszug nach Heslach, der als Vorstoß in das rote Heslach bezeichnet war. Dabei kam es zu außerordentlich schweren Zusammenstößen mit politischen Gegnern, wie man sie in Stuttgart bisher noch nie erlebt hatte. Nun wurde gegen 23 Beteiligte vor dem Erweiterten Schöffengericht Stuttgart Anklage wegen Landesfriedensbruchs, Körperverletzung, Aufruhr und unerlaubten Waffenbesitzes und Beleidigung von Polizeibeamten erhoben. Der Vertreter der Anklage beantragte Gefängnisstrafen von 3 bis 7,5 Monaten. Der Gesamtantrag lautete auf 105 Monate und 15 Tage Gefängnis. Die Urteilsverkündung findet am heutigen Mittwoch statt.

# Turnen und Sport

## Turner-Handball

Die erste Niederlage von Calw

Calw 1. — Nagold 1. 1:2 (1:1).

Nicht zu Unrecht wurde in der Handballvorschau die erste Elf von Nagold als eine Ueberraschungsmannschaft bezeichnet. Die Gäste brachten es am Sonntag fertig, Calw auf eigenem Platz nach einem erbitterten, doch anständigen Kampfe knapp zu schlagen. Damit erzielte Nagold den ersten Sieg, wogegen Calw bereits zweimal erfolgreich sein konnte; fünf weitere Spiele mit dem alten Rivalen gingen jeweils unentschieden zu Ende. — Objektiv betrachtet, wäre auch bei dem letzten Treffen dem Spielverlauf nach ein Unentschieden gerecht gewesen. — Die Einheimischen haben sich mit wenigen Ausnahmen gut gehalten; sie konnten zeitweise, besonders in der 2. Halbzeit, das Spiel überlegen gestalten. Aufgefallen sind die beiden Torhüter, die Hervorragendes leisteten. Im Mittelpunkt des Geschehens stand der Schiedsrichter, der sehr zweifelhafte Entscheidungen zum Besten gab. Zum Spiel selbst: In der 10. Minute fiel für Nagold das erste Tor, dem kurz vor Halbzeit der Calwer Mittelläufer den Ausgleich entgegensetzte. Die zweite Hälfte schaffte vor dem gegnerischen Tore brenzlige Situationen. Ein verständnisvolleres Zusammenarbeiten der Stürmerreihe hätte zu Erfolgen geführt. Dagegen gelang es Nagold im weiteren Verlauf durch einen Deckungsfehler von Calw das 2. Tor unhaltbar einzufinden. In der nun wieder einsetzenden Drangperiode brachte Calws Vorkäufer einen Treffer an, der jedoch vom Schiedsrichter irrtümlicherweise nicht gewertet wurde. Die auf beiden Seiten weiteren gewaltigen Anstrengungen zeitigten keinen Erfolg mehr. — Das vorausgegangene Freundschaftsspiel der Jugendmannschaften endete mit einem 2:4-Siege für Nagold. Im Vorgespiel zeigten die Calwer bedeutend bessere Leistungen. Wenn an Erfolge gedacht werden, so ist ein eifriges Training die Voraussetzung hierfür.

### F.-C. Altbürg-F.-C. Althengstett 4:1.

Nach einem Vorspiel der zweiten Mannschaften, das die sympathischen Althengstetter Gäste über die erfahrungswichtige 2. Elf der Pfaherren mit 1:0 siegreich sah, betraten die beiden ersten Mannschaften das Spielfeld. Schon die 1. Minute brachte für Altbürg einen Schmetzer, der jedoch, unplatziert getroffen, in den sicheren Armen des Gästetorwarts landete. Althengstett, ermutigt durch diesen Mißerfolg des Gegners, schaffte wiederholt gefährliche Situationen vor dem Tor der Altbürger, deren Verteidigung am Anfang reichlich unsicher war, doch verstanden die Gäste diesen Vorteil nicht auszunutzen, da der Sturm mit seinen Schüssen zu lange abgerte. In der 30. Minute fiel der 1. Treffer für Altbürg durch seinen Kopfball des Mittelstürmers und ein wichtig getreuerer Strafstoß fand kurz vor Halbzeit zum zweiten Male den Weg ins Netz. Kurz nach Halbzeit aber war es Althengstett, das ebenfalls durch Strafstoß das Resultat auf 1:2 verbessern konnte. Wer nun an ein Nachlassen der Pfaherren dachte, sah sich angenehm enttäuscht, denn Altbürg behielt weiterhin die Oberhand und stellte durch Halbrechts den alten Torunterschied wieder her. 10 Minuten vor Schluß gab der flinke Altbürger Mittelstürmer nach Umspielen der gegnerischen Verteidigung dem vorzüglichen Gästetorhüter das 4. Mal das Nachsehen. — Das Spiel konnte in jeder Hinsicht gefallen. Altbürg hatte die Lehren vom Vorsonntag gezogen und den Sieg auch in dieser Höhe verdient. Mittelläufer und Mittelstürmer, denen sich der übrige Mannschaftsteil gut anpaßte, waren in bester Verfassung. Die Gäste befleißigten sich einer fairen Spielweise und haben dadurch einen guten Eindruck hinterlassen. Ihr bester Mannschaftsteil war das Schlußtrio, während der Sturm recht gut kombinierte, jedoch selten einen herzhafsten Schuß wagte. Dem Schiedsrichter wurde das Amt nicht schwer gemacht, er erledigte seine Aufgabe zu beiderseitiger Zufriedenheit.

— 5a. —

# Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Der Ertragsrückgang in der Industrie.

Der Gesamttertrag der deutschen Aktiengesellschaften ist nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts gegenüber dem Vorjahr um 30,6 Prozent gesunken. Der Durchschnitts-prozentfuß der bezahlten Dividende sank von 7,4 Prozent auf 5,5 Prozent, liegt also weit unter dem Zinssatz, den jeder kleinste Sparer von seiner Sparkasse gegenwärtig verlangt, und auch unter dem Zins festverzinslicher Pfandbriefe, Staatspapiere usw. Im einzelnen ist die durchschnittliche Dividende im Bergbau von 6 Prozent auf 2,6, in der Groß-eisenindustrie von 2,1 Prozent auf 0,7, in der Maschinenindu-strie von 4,5 Prozent auf 3,1, in der Elektrotechnischen In-dustrrie von 6,7 Prozent auf 4,1, in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie von 3,9 auf 1,8 Prozent zurückgegan-gen.

L. E. Berliner Produktenbörse vom 17. November.

Weizen, märkischer 225-228; Futterweizen 211-213; Rog-gen, märkischer 197-199; Braugerste 166-175; Futter- und Industrieergerste 162-165; Hafer, märkischer 145-149; Wei-zenmehl 28,50-31,50; Roggenmehl 27-29,25; Weizenkleie 10,50-11; Roggenkleie 10,50-11; Viktoriaerbsen 24-30; K. Speiseerbsen 25-28; Futtererbsen 17-20; Pelusaken 17 bis 19; Ackerbohnen 16,50-18; Widen 17-20; Lupinen, blaue 11 bis 12,50; Lupinen, gelbe 13-15; Weizen 13,60-13,90;

Erdnusskuchen 13,20-13,60; Erdnusskuchenehl 13,10-13,80. Allgemeine Tendenz: Fester.

## Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 89 Ochsen, 87 Bullen, 317 Jungbullen (unverkauft 20), 431 (80) Kühe, 439 (50) Rinder, 1484 Käl-ber, 2302 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

Ochsen:	17. 11.	12. 11.	Kühe:	17. 11.	12. 11.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
ausgemästet	31-33	—	fleischig	12-17	—
vollfleischig	27-30	—	gering genährte	9-11	—
fleischig	23-26	—	<b>Kälber:</b>		
<b>Bullen:</b>			feinste Mast- und	35-88	36-39
ausgemästet	22-24	22-24	beste Saugkälber	32-34	33-35
vollfleischig	20-21	20-22	mittl. Mast- und	23-30	30-32
fleischig	19-20	18-20	gute Saugkälber	—	—
<b>Jungrinder:</b>			geringe Kälber	—	—
ausgemästet	32-36	32-35	<b>Schweine:</b>		
vollfleischig	26-30	26-30	über 300 Pfd.	49-50	49-51
fleischig	23-25	23-25	240-300 Pfd.	46-48	46-48
gering genährte	—	—	200-240 Pfd.	43-45	43-45
<b>Kühe:</b>			160-200 Pfd.	38-41	39-41
ausgemästet	24-26	—	120-160 Pfd.	31-41	32-42
vollfleischig	18-22	—	unter 120 Pfd.	—	—
			Sauen	—	—

Marktverlauf: Großvieh mäßig, Ueberstand; Kälber mä- ßig, Fetteschweine gesucht, sonst langsam.

## Stuttgarter Großmärkte

Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz. Zufuhr: 50 Str., Preis: 4-4,50 M. — Mostobstmarkt auf dem Wilhelm-platz. Zufuhr: 400 Str., Preis: 2,90-3 M für 1 Str.

## Weilderstädter Marktbericht

Schweine markt. Zufuhr: 85 Stück Käufer Schweine, 810 Stück Milchschweine. Preise: 82-105, 10-27 Mark für das Paar. Handel flau. — Viehmarkt. Zufuhr: 7 Och-sen, 410-520, 11 Stiere, 280-360, 104 Kühe, 165-480, 62 Kälber 240-485, 45 Eintellvieh, 70-210 Rm. für das Stück. Handel gedrückt.

## Fruchtpreise

Ellwangen: Gerste 8,20-8,50, Weizen 11,80-12, Roggen 11,50-12, Hafer 6,80-7 M. — Heidenheim: Kernen 12,50 bis 13, Weizen 10,50-11,50, Gerste 8, Hafer 6,20-7, Roggen 10,50 Mark. — Nagold: Weizen 12-14,50, Dinkel 11, Roggen 13, Gerste 9, Hafer 7-8 M. — Ravensburg: Korn 14,10, Weizen 10, Weizen 12-12,75, Roggen 10, Gerste 9-9,30, Hafer 7,75 bis 8,20 M. — Saulgau: Gerste 8,30-9, Weizen 12,50 M. — Reutlingen: Weizen 12-14, Dinkel 9-10, Gerste 8,50-9,70, Hafer 7,40-8 M. — Ulm: Weizen 9,50-12,50, Dinkel 7-10, Linsen 12-18, Gerste 7,90-9, Hafer 6,50-7,50 M. — Ulm: Weizen 10-12, Roggen 11-11,40, Gerste 8-8,80, Hafer 6,20 bis 7,80 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die von wirtschaftlichen Ver-

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei **KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**

Schlachtschüssel

essen Sie jeden Donnerstag



in der

Blerstube vom Waldhorn

dazu frisch vom Faß das gute Dinkelacker hell und dunkel

## Stammheim

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 19. Nov. 1931, im Gasthaus zum „Bären“ in Stammheim stattfindenden

### Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen

Christian Söll, Landwirt

Sohn des Christian Söll, Landwirt in Stammheim

Hedwig Dengler

Tochter des Andreas Dengler, Ackerwirt in Oberjettingen D.M. Herrenberg.

Kirchgang 12 Uhr in Stammheim

## Neuweiler—Altbulach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 19. Nov. 1931, im Gasthof zum „Hirsch“ in Altbulach stattfindenden

### Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen

Georg Friedrich Böhner

Sohn des Christian Böhner, Landwirt, Neuweiler

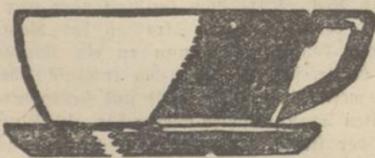
Marie Ohngemach

Tochter des Friedrich Ohngemach, Maurermeister, Altbulach

Kirchgang 12 Uhr in Altbulach

## SERVA-KAFFEE

Allerbeste Mischungen!



Stets frisch gebrannt!

Carl Serva, Calw, Fernspr. Nr. 120.

## Altburg

Die Gemeinde verkauft einen

### Schlacht-Farren



Angebote werden bis Freitag, den 20. November 1931, nachmittags 2 Uhr, erbeten. Gemeindevat.

## Kirchen- und Gesangsverein Calw

### Abendmusik

am Totensonntag, den 22. November, abends 1/2 5 Uhr in der Stadtkirche zu Calw

Werke von J. S. Bach für Chor, Orgel, Orchester und Einzelgesang

Eintritt frei

Programme mit Text 20 Pfg. Um freiwillige Gaben zum Besten der Nothilfe in Calw wird gebeten

## Evangel. Buchhandlung Carl Spambalg, Calw

Fernsprecher 189

empfiehlt

Adventshäuschen, Advents-transparente, Adventskrone und -Bäumchen, Advents-ampeln, Adventskalender, Adventskarten

## Calw

Im Wege der

### Zwangsvollstreckung

versteigere ich am Donnerstag, den 19. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, gegen bare Bezahlung:

1 Büfett eichen, 1 Staudjanger „Elektrolux“.

Ferner anschließend:

1 Bervielfältigungsapparat „Koto Preziosa“,

1 Abreißermaschine, beide Gegenstände weniggebraucht

17 Knabenanzüge.

Ferner anschließend:

1 Chaiselongue mit Decke, 1 Schreibtisch tannen.

Ferner anschließend:

2 vollständige Betten, 2 Nachttische, 2 Chaiselongues mit Decken, 1 Bücherschrank tannen, 1 Büfett tannen, 1 Grammophon - Staudapparat, 1 Hier-schrank eichen, 2 Tische eichen, 1 weißer Schrank.

Zusammenkunft unter dem Rathaus.

Weidenbach,

Gerechtsvollzieher beim Amtsgericht Calw

In dortiger Gegend stehendes, bereits neues

### Ackermann-Piano

sehr preiswert abzugeben.

Umgehende Zuschriften erbeten an

F. J. Ackermann, Pianofortefabrik, Stuttgart

Silberburgstraße 136, Fernruf 60098

## Wegen Trauerfall

guterhaltenen braunen Damenmantel mit Pelz (Gr. 44) schönen Blüsch-mantel (schwarz, Gr. 50), sowie einige guterhal-tene Damenkleider (Gr. 42 u. 44) billig abzugeben. Interessenten wollen ihre Adresse auf der Gesch.-Stelle ds. Blattes angeben.

## Wer sucht einige 1000 Mark

gegen entsprechend gute Sicherheit zu mäßigem Zinsfuß oder langfristige? Anfragen unter N. St. 270 an die Gesch.-Stelle ds. Bl. Rückporto gefl. erwünscht.

## Haarwasser

### Kölnisch Wasser

erhalten Sie nachgefällt

in der

Ritterdrogerie

Carl Bernsdorff.

## Puppen

jeder Art repariert

in eigener Werkstätte

Puppenperücken

von Mark 1.60 an

Friseur Odermatt

## Totensonntag!

Gedenket der Toten und schmücket ihren Ruheplatz!



## Gettes Hammelfleisch

Pfd. 70

## Schafffleisch

Pfd. 50

Adolf Fiegler, Metzgerei

## Im Untertigen

von

Puppenstuben, -Küchen

oder Kaufläden

In jeder gewünschten Aus-

führung empfiehlt sich

Schreinermeister Schatble.

## Fahre

am Freitag, d. 20. No-

vember 1931 mit meinem

Kaufwagen

nach Stuttgart

und kann noch Hin- und

Rückfahrt mitnehmen.

Eugen Hiller

Telefon 133

## Simmozheim.

Im Wege der

### Zwangs-

### vollstreckung

versteigere ich am Donners-

tag, den 19. ds. Mts.,

nachm. 2 Uhr gegen bare

Bezahlung:

1 Obstmühl, 1 Vik-

toriarwagen, 1 Pferde-

schlitten

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerechtsvollzieher

beim Amtsgericht Calw.

## Die Somme-

### Das Grab der Millionen

Die gewaltigste Schlacht des

Weltkrieges und aller Zeiten!

Dieses erschütternde Filmwerk vom

Krieg kommt demnächst in Calw zur

Vorführung.

Jeder sollte diesen Film sehen!

Weiteres morgen im „Calwer Tagblatt“.

## Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen



Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg über- rascht sein.

## Verkaufe

### 3teil. Wollmatratze

28 Mk. neu

1 bereits noch neuer

Divan 65 Mk.

1 gebrauchtes Bett

mit Bettlade.

Chaiselongue

um 28 Mk.

kauft man hier am Plat.

Bestellung nimmt an

Fr. Hennefarth

Holtermüllersgasse

## Sani Drops sind gut für Leber und Galle,

für Magen, Darm und Blut.

Sin sehr zufrieden, Magen, Darm, Leber, Galle ar-

beiten vorzüglich, seit ich Sani Drops einnehme.

(Orig. Zeugnis) Kurpda, RM. 3.20 Notpda, RM. 1.60

In den Apotheken Calw, Teinach, Liebenzell

## Um falschen Bloß

setzt Ihre Sparsamkeit ein, wenn

Sie bei schlechtem Geschäftsgang

auf die Anzeigenwerbung in der

Tageszeitung verzichten.